

## Braunkohle – Verlässlicher Partner der Energiewende für den Industriestandort Deutschland

Rede von Dr. Philipp Nellessen, Vorsitzender des DEBRIV-Vorstandes anlässlich des Braunkohlentag 2022 (19. Mai 2022 in Radebeul)

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Kralinski,  
sehr geehrte Abgeordnete aus Bund und Ländern,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr herzlich darf ich Sie zu unserer Abendveranstaltung willkommen heißen. Ich freue mich, dass Sie nach Radebeul gekommen sind, um den Braunkohlentag 2022 gemeinsam mit uns zu begehen.

Glücklicherweise können wir uns in diesem Jahr erstmals seit 2019 wieder persönlich treffen. Der **Braunkohlentag** ist für den **Zusammenhalt der Kohleregionen** wichtig – gerade in einer Zeit, in der grundlegende kohlepolitische Fragen offen sind.

Meine Damen und Herren,

noch vor drei Monaten haben wir uns nicht vorstellen können, dass wir einen Krieg in Europa haben. Die Menschen in der Ukraine fürchten um das eigene Leben und um das Leben ihrer Partner, Eltern, Kinder und Freunde. Viele von ihnen sind auf der Flucht. Wir können nicht fassen, dass der Kreml diesen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen hat und ihn weiter fortsetzt. Wir sind aber auch ergriffen von der Welle der Hilfsbereitschaft und dem persönlichen Einsatz vieler Mitbürger in unserem Land, die sich um die Flüchtlinge, die bei uns eintreffen, kümmern.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat – was ich mir vorher kaum vorstellen konnte – einige Eckpfeiler der deutschen Politik hinweggefegt. Denken Sie nur an Fragen der Verteidigung und der Bundeswehr. **In der Energie- und Klimapolitik ist die sichere Versorgung mit Energie jetzt wieder ein viel diskutiertes Thema.** Das hat auch dazu geführt, dass die heimische Braunkohle wieder mehr wahrgenommen wird.

Bei einem früheren Braunkohlentag haben wir gesagt, dass Braunkohle mit ihrer gesicherten Erzeugungskapazität zur Abwehrreihe der Stromversorgung gehört. Sie stellt sicher, dass Ballverluste im Angriff oder im Mittelfeld aufgrund fehlenden Windes oder schlechten Wetters nicht zu Schäden führen. Das tun wir – flexibel – seit vielen Jahren, und das können wir gut: **Unsere Tagebaue und Kraftwerke sorgen nach wie vor dafür, dass wir alle 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, sprich Tag und Nacht, Strom und Wärme haben, ganz egal ob der Wind weht oder die Sonne scheint!**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Kralinski,

dem Freistaat Sachsen, Ihnen und Herrn Ministerpräsidenten Kretschmer, sind wir für das Kommen heute sehr dankbar. Wir schätzen Ihre klaren Worte zur Energiewirtschaft und zur Kohlepolitik. Die Braunkohleländer zeigen eindrucksvoll, wie zuverlässige Energiepolitik gemacht wird. Der DEBRIV fühlt sich bei Ihnen landespolitisch weiterhin sehr gut aufgehoben.

Meine Damen und Herren,

den DEBRIV-Mitgliedern danke ich für das Vertrauen, welches in meiner Wahl zum Vorsitzenden zum Ausdruck gekommen ist. Dies erfüllt mich mit Respekt. **Ihnen allen biete ich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an und freue mich auf die gemeinsame Arbeit.**

Ich danke außerdem den Kollegen aus den Betrieben. **Zu Recht sind die Mitarbeiter stolz auf ihre Arbeit und wollen verlässlich Perspektiven für die Braunkohle**, für sich, für ihre Familien, für ihren Tagebau, für ihr Kraftwerk sowie für ihre Region.

Wir freuen uns auch sehr, viele Vertreter aus Landkreisen und Kommunen, aus den Bergbehörden sowie von unseren Partnerunternehmen hier begrüßen zu können. Wir wissen Ihre konstruktive Unterstützung gerade auch in unserem Tagesgeschäft stets zu schätzen. Vielen Dank dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte gern noch einen besonderen Dank aussprechen. Er gilt unserem bisherigen Vorsitzenden Dr. Helmar Rendez. Herr Rendez war seit 2018 DEBRIV-Vorsitzender und hat die gemeinsamen Braunkohleninteressen seitdem kompetent und verlässlich vertreten. Er hat durch vielfältige Aktivitäten immer wieder die Interessen aus allen Revieren zusammengeführt und hat den DEBRIV unter anderem im BDI-Präsidium vertreten. Er hat zum Nutzen der gesamten Braunkohleindustrie ganz persönlich auch viele Gesprächsfäden zur Politik gehalten und gepflegt.

**Herr Dr. Rendez, im Namen des DEBRIV und seiner Mitglieder herzlichen Dank, alles Gute für die Zukunft und ein herzliches Glückauf!**

Werte Gäste,

Ich möchte nun gemäß guter Tradition kurz die **Lage in den drei Revieren** schildern. Anschließend geht es dann im zweiten Teil um die Strukturentwicklung und im dritten Teil um Energiepolitik.

Beginnen wir im **Rheinland**. Die **RWE Power AG** hat 2021 in den Tagebauen Garzweiler, Hambach und Inden rund 63 Millionen Tonnen Braunkohle gewonnen. Das ist ein **Plus von gut 20 %** gegenüber dem Vorjahr. Markt- und witterungsbedingt war die Stromnachfrage höher als im Vorjahr; in der Folge auch die Braunkohlegewinnung. Neben Strom hat das Unternehmen fast zehn Millionen Tonnen Braunkohle zur Herstellung von Veredlungsprodukten genutzt.

**RWE Power hat bis heute gesetzeskonform bereits 5 Kraftwerksblöcke mit jeweils 300 MW Kapazität an den Standorten Niederaußem, Neurath und Weisweiler stillgelegt.** Bis Ende dieses Jahres sollen weitere Anlagen mit ca. 1.300 MW folgen. Ebenso endet dann die Brikettierung im Rheinland. Zudem – nach aktuellem Stand – verlassen bis Herbst kommenden Jahres zwei weitere RWE-Kraftwerksblöcke die Sicherheitsbereitschaft. **Das ist erheblicher Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele Deutschlands.**

Für die Zukunft der rheinischen Braunkohle hat die nordrhein-westfälische Landesregierung im März 2021 eine Leitentscheidung beschlossen. Sie hat damit die weiteren Schritte für die Entwicklung der Tagebaue im Rheinland politisch festgelegt. Die Leitentscheidung stellt einerseits einen geordneten Betrieb der Tagebaue Hambach und Inden bis 2029 sicher. Sie bestätigt andererseits, dass der Tagebau Garzweiler energiepolitisch erforderlich ist. Der Tagebau soll bis zum Auslaufen der Kohleverstromung die verbleibenden Kraftwerke und Veredlungsbetriebe versorgen. **Alles in allem haben die Kommunen im Revier, die Beschäftigten von RWE Power und ihre Auftragnehmer damit eine planbare Perspektive.**

Zusätzlich läuft ein Braunkohlenplanverfahren für eine Rheinwassertransportleitung, die Rheinwasser für beide Restseen Garzweiler und Hambach liefern soll. Die RWE Power AG setzt die bereits laufenden Umsiedlungen im Tagebau Garzweiler planmäßig fort, so dass für die Menschen, die ihre Planungen bereits darauf ausgerichtet haben, keine Unsicherheiten entstehen.

Meine Damen und Herren,

kommen wir nach **Mitteldeutschland**. Die **MIBRAG** hat im vergangenen Jahr in den Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain mehr als 16 Millionen Tonnen Rohbraunkohle gefördert. Dies ist ein erfreuliches **Plus von etwa einem Drittel**. Die Gründe für die höhere Produktion – Witterung und Markt – waren dieselben wie bei RWE.

**Die genehmigten Lagerstättenvorräte reichen bis zur geplanten Abschaltung der Kraftwerke Lippendorf und Schkopau Mitte der 2030er-Jahre.** Die Saale Energie GmbH, eine „Schwester“ der MIBRAG, hat mittlerweile die Eigentümerschaft und die Betriebsführung des Kraftwerks Schkopau vollständig übernommen.

**Die MIBRAG hat zum Jahreswechsel das Industriekraftwerk Deuben außer Betrieb genommen. Damit gingen auch 85 Jahre Industriegeschichte zu Ende.**

In beiden Tagebauen sind die mit hohen Investitionssummen verbundenen Wechsel in neue Abbaufelder innerhalb der Tagebaue weitgehend abgeschlossen. Beim Tagebau Vereinigtes Schleenhain hat die MIBRAG zugestimmt, den Ort Pödelwitz und das Abbaufeld Groitzscher Dreieck nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Dies entspricht dem Sächsischen Koalitionsvertrag.

Die **ROMONTA** als weiteres in Mitteldeutschland ansässiges Braunkohleunternehmen gewinnt im Tagebau Amsdorf nahe Halle etwa 500.000 Tonnen Rohkohle pro Jahr. **Sie stellte 2021 daraus rund 14.000 Tonnen Rohmontanwachs her.**

Die weltweit einmaligen wachsbasierten Produkte der ROMONTA waren weiter am Markt stark nachgefragt, so etwa in der Kunststoffindustrie, in der Pflegemittelherstellung und in der Baustoffindustrie. **Die ROMONTA ist mit ihren wachshaltigen Produkten als Weltmarktführer ein Beispiel für die wirtschaftlich tragfähige stoffliche Nutzung der Braunkohle.**

Zum Abschluss unserer kurzen Revierreise möchte ich Sie noch in „mein“ **Lausitzer Revier** führen: Die **LEAG** produzierte 2021 fast 47 Millionen Tonnen Braunkohle. **Die Nettostromerzeugung lag mit 44,6 TWh auch in der Lausitz deutlich höher als geplant.**

Die LEAG hat Anfang 2021 eine Revierplanung beschlossen, die an das KVBG und an den mit der Bundesregierung geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag angepasst ist.

**In Sachsen hat das Unternehmen den Umfang des Tagebaus Reichwalde im Vergleich zu den vorherigen Planungen reduziert.** Im Tagebau Nochten planen wir weiterhin, das Teilfeld Mühlrose in Anspruch zu nehmen. Dazu gibt es weiterhin eine energiepolitische und energiewirtschaftliche Notwendigkeit. Die Lage des Tagebaus, die Beschaffenheit der jeweiligen Kohlen sowie der Tagebaufortschritt lässt keine Alternative, um insbesondere das Kraftwerk Boxberg langfristig zu versorgen. Der Vertrag für die bereits laufende Umsiedlung von Mühlrose aus dem Jahr 2019 wird seitdem mit großer Unterstützung bei den Umsiedlern umgesetzt.

**Die Kohlegewinnung im Tagebau Jänschwalde – in Brandenburg – soll Ende 2023 auslaufen.** Insbesondere auch die Mitarbeiter und die umliegenden Kommunen haben die jüngste Entscheidung des Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im Eilverfahren mit Erleichterung zur Kenntnis genommen und erwarten jetzt, dass der Tagebau seine planmäßige Endstellung erreicht. Die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft kann anschließend zügig weiter umgesetzt werden.

Der andere brandenburgische Tagebau, Welzow-Süd, soll nicht in den räumlichen Teilabschnitt II fortgeführt werden. Damit trägt die LEAG dem brandenburgischen Koalitionsvertrag Rechnung.

**Die Anpassung der Revierplanung bedeutet einen Verzicht auf viele Millionen Tonnen Kohle,** die in den meist bereits genehmigten Feldern lagern. Das ist – das möchte ich deutlich sagen – für die LEAG und für die Beschäftigten hart. Wie auch in Mitteldeutschland und im Rheinland trifft dieser Verzicht unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter emotional.

Der Projektträger der Bergbausanierung in Ostdeutschland, die LMBV, hat auch 2021 die Sanierung in vielen Einzelprojekten weitergeführt. Die LMBV hat dazu **Leistungen in einem Umfang von rund 235 Millionen Euro** erbracht. Hauptaufgaben bleiben das Wassermanagement sowie die geotechnische Sicherung von Böschungen und Kippenflächen.

Herr Sablotny hat die wichtigsten Projekte und einen Ausblick heute Nachmittag vorgestellt, so dass ich hier nicht noch einmal auf Details eingehen möchte. **Insgesamt erwarten die LMBV noch für viele Jahre anspruchsvolle Aufgaben in der Bergbausanierung.**

Meine Damen und Herren,

wir gehen derzeit – entsprechend der Gesetzeslage – von einer Kohlenutzung in Kraftwerken bis 2038 aus. Das bedeutet ganz klar und wird von niemandem bestritten: **Die Kohlenutzung ist endlich. Der Strukturwandel hat begonnen, wir müssen ihn gestalten.**

Bildlich gesprochen: Die Zeit der reinen Abwehrspieler geht zu Ende. Es wird erwartet, dass die Abwehrspieler nicht mehr nur flink und sicher Lücken schließen können. Sie müssen schon jetzt Akzente „nach vorn“ setzen und die Stürmer mit Flanken versorgen. Und das tun wir: Heute Nachmittag haben Sie bereits einen Eindruck von der Vielfalt der Projekte erhalten. Ich möchte nun auch einige Schwerpunkte in den Revieren eingehen.

Beginnen wir diesmal mit der Lausitz. Bei der **LEAG** streben wir an, das Unternehmen mit dem Revierkonzept mittel- und langfristig zu einem breit aufgestellten **Energie-, Infrastruktur- und Serviceunternehmen** umzugestalten.

Wir wollen damit auch die weitere **regionale Strukturentwicklung der Lausitz als Ankerunternehmen aktiv begleiten**. Region und Menschen sollen ein Maximum an Planungssicherheit in der – möglichst langen – Zeit bis zu einem Kohleausstieg erhalten. Dazu gehört die Nutzung Erneuerbarer Energien auf rekultivierten Bergbauflächen, aber auch der **Aufbau von Stromspeicherkapazitäten** sowie netzdienlicher Gas-/Wasserstoff-Hybridkraftwerke und die **Entwicklung eines heimischen Wasserstoffsektors**.

Aktuelle Beispiele für gezielte Investitionen der LEAG in **neue Geschäftsfelder** und mit wesentlichen Entwicklungen sind

- die „Big Battery“ in Schwarze Pumpe; hier denken wir gerade über eine zweite Batterie nach,
- die Beteiligung am Gaskraftwerk Leipheim,
- unsere Planungen für hybride Gas-/Wasserstoff- Kraftwerke,
- PV-Anlagen auf Konversionsflächen und schwimmende PV-Anlagen,
- Windkraftanlagen auf Wiedernutzbarmachungs-Standorten sowie
- Kooperationen mit Cottbusverkehr sowie mit der Deutschen Bahn in Cottbus.

Im Rheinland trägt die **RWE Power AG** – als weiter wichtiger Wirtschaftsfaktor im Rheinischen Revier – erheblich zum Strukturwandel bei. Das Unternehmen unterstützt nicht nur die drei Tagebauplanungsverbände Indeland, Neuland Hambach und LandFolge Garzweiler, sondern auch die Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Letztere ist von der Landesregierung eingesetzt und soll übergeordnet die Zukunft des Reviers unterstützen.

Im Mittelpunkt steht der **Projektaufruf REVIER.GESTALTEN**, durch den insgesamt **15 Milliarden Euro an Fördermitteln für innovative Projekte** bereitgestellt werden können. Projektvorschläge, die auf den vorhandenen Stärken in der Region aufbauen und diese weiterentwickeln, werden mit einem „Sterneverfahren“ bewertet und erhalten die Unterstützung der Region. Die RWE Power AG ist an einigen der gut bewerteten Projekte beteiligt.

RWE will zudem als bedeutende Flächeneigentümerin dazu beitragen, dass nicht mehr betriebsnotwendige Flächen und Standorte in **enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen** weiterentwickelt werden. Dazu haben Unternehmen und das Land Nordrhein-Westfalen die „Perspektive. Struktur.Wandel GmbH“ (PSW) gegründet.

Hinzu kommt noch die Absicht des Unternehmens, besonderes **eigenes technologisches Know-how für Strukturwandelprojekte nutzbar zu machen**. Neben verschiedenen FuE-Projekten im Innovationszentrum Niederaußem geht es unter anderem

- um „Wärmebergbau“ durch Tiefengeothermie in Weisweiler,
- um etwa 200 MW bereits weitgehend realisierte Windenergie- Kapazität im Rheinischen Revier sowie
- um PV-Projekte im zweistelligen MW-Bereich mit angeschlossenem Pufferspeicher. Im April startete beispielsweise der Bau des entsprechenden PV- und Speichervorhabens im Tagebau Inden.

Auch die **MIBRAG** strebt an, sich zu einem modernen Energiedienstleister in der Region zu entwickeln und hat dazu das Projekt **„Erneuerung MIBRAG im Revier“ (EMIR)** gestartet. Ein Meilenstein ist der **geplante Windpark Breunsdorf** mit 15 Windenergieanlagen der 6-Megawatt-Klasse auf der Rekultivierungsfläche des Tagebaus Vereinigtes Schleenhain.

Die erforderliche behördliche Genehmigung ist seit Februar beantragt. Für die Realisierung des Windpark-Projekts – bereits bis 2024 – sind rund 100 Millionen Euro MIBRAG-Investitionen beabsichtigt. Zunächst dient der erzeugte Strom der öffentlichen Versorgung. In einem weiteren Schritt plant die MIBRAG, den Strom zur Produktion von grünem Wasserstoff einzusetzen.

Meine Damen und Herren,

ich meine, die Beispiele zeigen, wie engagiert die Unternehmen in allen drei Revieren den **Strukturwandel aktiv gestalten**. Sie sind nicht mehr nur Abwehrspieler. Sondern sie haben gelernt, sich wie Spielgestalter zu bewegen und den Stürmern den Ball zur richtigen Zeit in den Lauf zu spielen. Nur so wird es funktionieren. Klar ist: **Guter Strukturwandel gelingt nicht über Nacht**.

Im Ruhrgebiet haben wir gesehen: **Er benötigt Zeit und ist mühsam**. Wir brauchen auch in den Braunkohlerevieren viele Jahre, um wirklich genug Neues mit einer guten „Beschäftigungsbilanz“ zu entwickeln. Sonst provozieren wir das Risiko eines Strukturbruchs, wie wir ihn in vielen Regionen – auch in der Lausitz – Anfang der 90er-Jahre erlebt haben. Wir dürfen die Menschen in den betroffenen Regionen keinen vermeidbaren ökonomischen und sozialen Belastungen aussetzen. Das darf sich nicht wiederholen!

Meine Damen und Herren,

damit komme ich zum **energiepolitischen Teil** meines Vortrages. Zunächst möchte ich bekräftigen, was der DEBRIV immer gesagt hat: **Wir unterstützen die Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB)**. Danach soll Deutschland die Kohleverstromung bis 2038 beenden. Die Empfehlungen kamen nach langer, intensiver und sachlicher Diskussion zustande. Wohl zu kaum einem anderen politischen Thema fand in den vergangenen Jahrzehnten ein ähnlich umfassender Dialog verschiedener gesellschaftlicher Gruppen statt. **Das Ergebnis war und ist ein gesamtgesellschaftlicher Kompromiss**. Ihm haben auch die Vertreter der „NGOs“ zugestimmt.

Der Kompromiss findet sich im **Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG)** wieder. Dann ist es konsequent, dass die Braunkohlenindustrie auch hinter dem Gesetz und dem damit verbundenen Kraftwerks-Ausstiegspfad steht und diesen Pfad mitgestaltet. Die Unternehmen haben nachfolgend einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Bund unterschrieben, der das KVBG nochmals konkretisiert. Lassen Sie es mich klar sagen: **Die Unternehmen fühlen sich an den Vertrag gebunden, und erwarten natürlich, dass der Vertragspartner, die Bundesregierung, sich ebenfalls an alle Vertragsbestimmungen hält**.

Meine Damen und Herren,

das KVBG sieht vor, dass die Bundesregierung bis Mitte August dieses Jahres prüft, wie sich weniger Kohleverstromung im Zeitraum bis Ende 2038 auswirken wird. Im Fachjargon hat sich dafür der Begriff **„Checkpoint“** entwickelt.

Das Gesetz nennt auch die **Kriterien für die Prüfung**. Die Versorgungssicherheit bei Strom, die Wärmeversorgung, Strompreise und die Klimaschutzziele gehören dazu. Auch Fragen der Sozialverträglichkeit stehen auf dem Prüfstand. Und schließlich geht es um die Gipsversorgung Deutschlands. Das sind sicher die richtigen Kriterien, von denen ich gleich die Wichtigsten ansprechen werde.

Bekanntlich möchte die neue Koalition im Bund „idealerweise schon 2030“ aus der Kohleverstromung in Deutschland aussteigen. Sie hat damit den „Kohlekompromiss 2038“ in Frage gestellt. Deshalb ist möglich, dass die Bundesregierung die eben beschriebene „Checkpoint“-Prüfung auf einen Kohleausstieg vor 2038 ausweitet. Das sieht das Gesetz aber so nicht vor.



Werte Gäste,

aus der Sicht des DEBRIV wäre zweckmäßig, **die Checkpoint-Prüfung** – jedenfalls Entscheidungen – **auf das gesetzlich Beschlossene zu beschränken**. Das ist schon eine Herkulesaufgabe. Die zusätzliche Frage, ob ein Ausstieg vor 2038 möglich ist, ist aus unserer Sicht im Moment alles andere als entscheidungsreif.

**Das Strom-System ist ab 2023 „auf Kante genäht“**. Eine Spitzenlast von gut 80 GW – und später mit erheblicher Sektorkopplung von über 100 GW – braucht entsprechende gesicherte Leistung. In den vergangenen Jahren sind viele Gigawatt Kernenergie-, Braun- und Steinkohlekapazitäten aus dem Markt gegangen. Weitere sollen wie vereinbart folgen. Ende 2022 werden die letzten drei Kernenergieblöcke außer Betrieb gehen. Immer wieder kommen so genannte Dunkelflauten vor, in denen keine oder nur sehr wenig Erneuerbare Energien verfügbar sind.

Meine Damen und Herren,

die Braunkohle steht als heimische Energie und durch die Kraftwerke in Grundlast stets sicher – und nicht nur vielleicht – zur Verfügung. **Die sichere Versorgung mit Energie ist eine Grundvoraussetzung für Deutschland als Industriegesellschaft.**

Deshalb ist richtig, dass die neue Bundesregierung schon in ihrer Koalitionsvereinbarung einen nochmals beschleunigten Kohleausstieg vor 2038 davon abhängig macht, dass der massive Ausbau der erneuerbaren Energien gelingt. Die Bundesregierung hat zudem die Bedingung betont, dass vor einem Kohleausstieg moderne Gaskraftwerke errichtet sein müssen, um den im Laufe der nächsten Jahre steigenden Strom- und Energiebedarf zu decken. Die Industrie und mehrere Forschungsinstitute gehen insoweit von einem Gasausbau-Bedarf von 20 bis 43 GW aus. Zudem sei erforderlich, auch die Stromnetze und die Stromspeicher entsprechend ausgebaut zu haben.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind erhebliche Zweifel angebracht, ob dies, in einem solch kurzen Zeitraum, alles gelingt. Der **Ausbau der Erneuerbaren**, der zuletzt stockte, wird zwar recht energisch angegangen. Er wird sogar von uns aktiv mitgestaltet, und wir sehen, dass selbst „2038“ ein ambitioniertes Ziel ist. Aber der **Netzausbau** kommt immer noch nicht in Fahrt. Noch viel schwieriger ist, die notwendigen **Stromspeicher** zu errichten. Sie sind noch nicht annähernd in der notwendigen Größe in Planung.

Völlig offen ist auch, ob das **Erdgas**, das noch zusätzlich importiert werden müsste, 2030 oder später tatsächlich verfügbar ist. Es wäre überwiegend LNG, dessen erhöhter „Treibhausgasabdruck“ in der Wertschöpfungskette noch zu bewerten und zu berücksichtigen ist.

Studien zeigen, dass der Ausstoß von CO<sub>2</sub>-Äquivalenten zum Beispiel bei LNG aus den USA häufig höher ist als bei der Braunkohle. Zudem müssten die entsprechenden Kraftwerke errichtet werden, was zumeist sowohl raumordnerische Verfahren als auch Genehmigungen, Investitionsentscheidungen und entsprechende Bauphasen verlangt.

Wir wissen also – um im Fußballbild zu bleiben – nicht, bis wann genug Mittelfeldspieler verpflichtet werden können und ob sie „vernetzt“ genug sowie ballsicher genug sind, um auf einen Teil der Abwehrreihe verzichten zu können. Solange das so ist, sollte aber nicht entschieden werden, wann keine Abwehrspieler mehr eingesetzt werden sollen.

Meine Damen und Herren,

aus der Sicht der Unternehmen bleibt **wichtig, dass die Bundesregierung Verlässlichkeit schafft**. Hinter den Tagebauen und Kraftwerken stehen große Investitionen. Sie lassen sich nur stemmen, wenn die Unternehmen über eine ausreichende Zeit planen können.

Nochmals vorgezogene Beendigungen würden zudem die Endstände von Tagebauen ändern und können Änderungen von Braunkohlenplänen und Betriebsplänen erforderlich machen. Dies wäre ein schwerer Eingriff in die Planungen der Gemeinden, der Regionen und nicht zuletzt auch der Unternehmen und ihrer Beschäftigten.

Soweit Umplanungen von Tagebauen notwendig sind, brauchen die Behörden und die Unternehmen ein **stabiles Genehmigungsrecht**. Dieses Berg- und Umweltrecht muss auf das Ziel der Genehmigung von Rohstoffen ausgelegt sein. Zu überlegen ist, inwieweit die von der Regierung angekündigten Beschleunigungsvorschläge für Genehmigungsverfahren für Erneuerbare auch auf Braunkohletagebaue und nachbergbauliche Flächen übertragbar sind.

Meine Damen und Herren,

das war die Situation vor dem **Krieg in der Ukraine**. Der Krieg hat die energiepolitische Landschaft verändert. **Energieversorgungsstrukturen sind erschüttert** und werden eventuell noch weiter über den Haufen geworfen. Das alles ist **bei der KVBG-Überprüfung zu berücksichtigen und realistisch zu bewerten**. Die Frage, ob die Stromerzeugung – ich zitiere aus dem neuen EEG-Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums – schon 2035 „nahezu treibhausgasneutral“ sein kann, ist nochmals kritisch zu prüfen.

Die Industrie beklagt derzeit vielfach die großen Probleme, die sich ergäben, wenn ihr nicht genug Erdgas und allgemein Energie zu angemessenen Preisen zur Verfügung stünde. Nochmals: **Die subventionsfreie Braunkohle kann die Strompreise merklich begrenzen und damit die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Industriezweige positiv beeinflussen.**

Wir wissen, dass die Bundesregierung prüft, im kommenden Winter – oder sogar in den kommenden Wintern – den Gasverbrauch in der Stromerzeugung deutlich zu vermindern und gleichzeitig stillzulegende Kohlekraftwerke temporär länger zu nutzen. Das wäre eine Maßnahme, um die Industrie zu schützen und den Bürgern mit Gasheizungen das Frieren im Winter zu ersparen. Das Risiko von Gelbwesten-Bewegungen, wie in Frankreich, wäre deutlich kleiner.

Sollte auch die Bundesregierung dies wollen, werden wir prüfen, welche Verlängerungen trotz bisheriger Abschaltverpflichtungen möglich sind. **Wir kennen unsere Verantwortung als Teil der kritischen Infrastruktur und werden danach handeln.** Dabei würde es sich – wie gesagt – um eine temporäre Erhöhung der Kohleverstromung handeln. Dies wäre meiner Meinung nach – ebenso wie eine Kohleverstromung bis 2038 – auch klimapolitisch verkraftbar. **Das EU ETS begrenzt die Emissionen im Kraftwerksbereich sehr wirksam.**

Bereits vor der Pandemie konnte die Braunkohlenindustrie **60 % Emissionsminderung gegenüber 1990** vorweisen. Damit lagen wir an der **Spitze der Industriesektoren**. Für das Jahr 2023 erwarten wir minus gut 70 %. Bis 2030 werden die Emissionen der deutschen Braunkohle etwa um 80 % gegenüber 1990 zurückgehen.

Dies ist das Ergebnis von Stilllegungen, aber auch vieler Kraftwerksneubauten und umfangreicher Retrofitmaßnahmen an Bestandsanlagen in allen Braunkohlerevieren. Die deutsche Braunkohle hat bereits geliefert! Und sie wird weiter liefern. **Der Ausstiegspfad ist kompatibel zu allen international verbindlichen Klimaschutzzielen**, sowohl für 2030 und angesichts des Endes der Kohlenutzung in Deutschland erst recht für 2045 oder 2050.

Meine Damen und Herren,

kommen wir zum **Fazit**. Ich möchte meine Rede in vier Punkten zusammenfassen:

1. **Wir stellen uns nicht gegen den Kohleausstieg.** Wir gestalten ihn sogar aktiv mit und bauen selbst Wind-, Solar- und Wasserstoffanlagen. Wir liefern zuverlässig Strom, bis ausreichend „grüne“ Kapazität vorhanden ist. Wir sind damit nicht nur Teil des Problems, sondern auch Teil der Lösung. Das ist zumindest der Anspruch, den wir selbst an uns stellen.

2. **Wir gestalten den Strukturwandel in unseren Regionen aktiv** und zusammen mit der Politik – für unsere Regionen und für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; als Mannschaft, als Team. Und wir investieren in Forschung sowie in Fertigung.
3. **Auch als DEBRIV – als Branchenverband – ist es unsere Zukunftsaufgabe zu definieren, wie wir mit der sich ändernden Zielsetzung der Unternehmen unsere Aufgaben und Schwerpunkte anpassen.** Nur so werden wir dauerhaft gesellschaftlich und politisch relevant bleiben. Und das wollen wir ganz sicher.
4. **Aber wir brauchen auch etwas Zeit für den Wandel.** Daher bleibt der gesamtgesellschaftliche Kompromiss zur Beendigung der Kohleverstromung 2038 die bevorzugte Option. Dieser Weg ist gesetzlich und vertraglich vereinbart.

Wir dürfen nicht vergessen: **Braunkohle im Energiemix vermeidet Versorgungsrisiken.** Sie senkt tendenziell Strompreise und schützt damit Bürger sowie die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Industriezweige. **Sie sichert Wohlstand, Arbeit und den sozialen Frieden in den Revieren Rheinland, Lausitz und Mitteldeutschland.**

Unsere gemeinsame Aufgabe wird es nun sein, von der Bundesregierung eine realistische und ehrliche Bestandsaufnahme im Rahmen des Checkpoints unter Beteiligung der Bundesländer einzufordern. Nur so kann die Braunkohle als Teil der kritischen Infrastruktur 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche sowie 365 Tage im Jahr zur Verfügung stehen. **Und nur so kann die Braunkohle gleichzeitig durch eine Beteiligung am Strukturwandel einen wichtigen und aktiven Beitrag für unsere Gesellschaft leisten.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ein herzliches Glückauf!

*Dr. Philipp Nellessen, Vorsitzender des DEBRIV-Vorstandes*